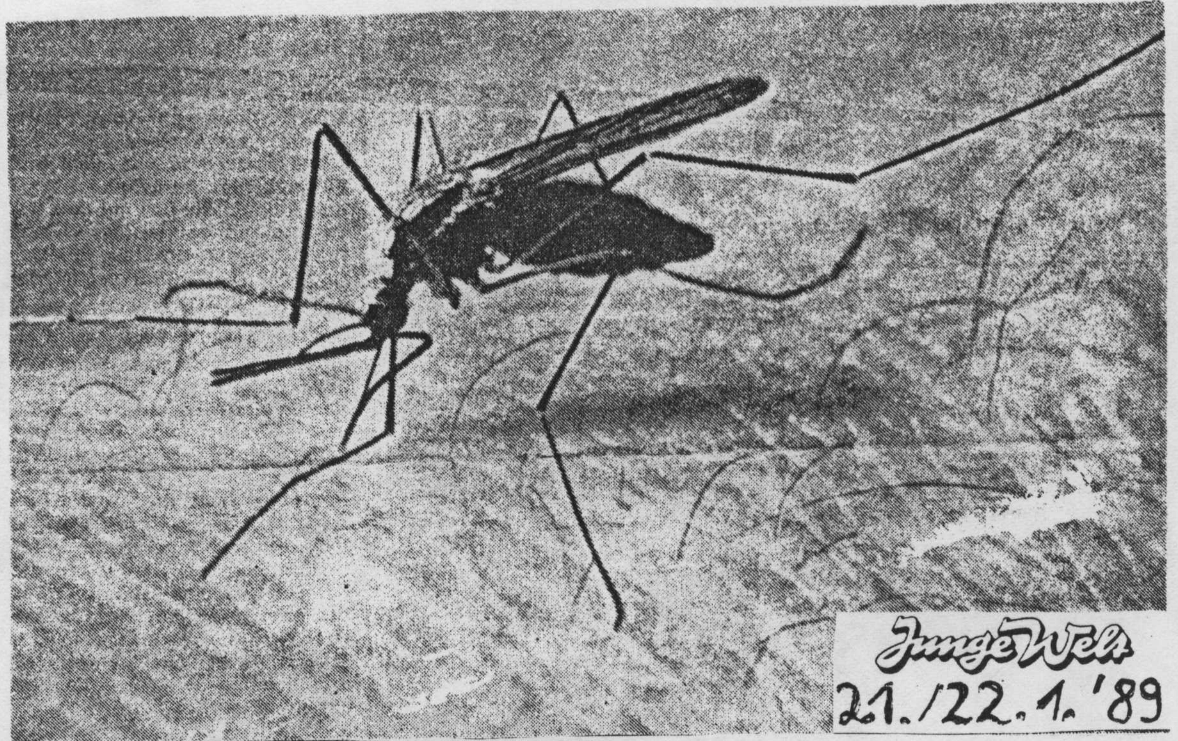
DIE MÜCKE



800 Personen waren zur Demonstration für Vereinigungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit auf dem Alten Markt zusammen-gekommen.

LEIPZIG. Wie die Pressestelle der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei mitteilt, versuchte am 15. Januar eine Gruppe von Personen mit einer das Gedenken an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg mißbrauchenden öffentlichen Zusammenkunft Ordnung und Sicherheit in der Leipziger Innenstadt zu stören. Diese Provokation wurde durch die zuständigen Organe unterbunden. 53 Personen wurden zugeführt und nach Überprüfung des Sachverhalts belehrt und wieder entlassen.

Vox populi

"Ist nicht der Witz und seine Aufnahme für jede soziologische und politische Untersuchung wichtig?"

(Victor Klemperer:LTI. Reclam Leipzig 1987. S.40)

Aufkleber, hergestellt zur Solidarität mit den Inhaftierten

AKTION gegen polit-haft

Was ist los in Leipzig

Am Vormittag des 16. Januar, des Tages nach der Demonstration, betrat ich in der Leipziger Innenstadt ein Geschäft, wobei ich unbeabsichtigt ein Gespräch dreier Frauen vernahm. Sie hatten sich gerade begrüßt:

A: „Habt ihr heute schon die Nachrichten gehört? Von den Unruhen in Prag haben die bei uns sogar berichtet, aber nicht was hier los war. Das wurde wieder nur drüben gemeldet."

B: „Da hat wohl wieder jemand die falschen Sender gehört." (ironisch)

C: „Das ist nicht das schlimmste. Hauptsache man glaubt's nicht, was die da sagen, auch wenn man's selber gesehen hat."

LVZ 18.1.

Provokation verhindert

Leipzig (ADN). Wie die Pressestelle der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei mitteilt, versuchte am Sonntag eine Gruppe von Personen mit einer das Gedenken an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg mißbrauchenden öffentlichen Zusammenkunft Ordnung und Sicherheit in der Leipziger Innenstadt zu stören. Diese Provokation wurde durch die zuständigen Organe unterbunden. 53 Personen wurden zugeführt und nach Überprüfung des Sachverhalts belehrt und wieder entlassen.

Junge Welt 19. Januar 1989

Miami und Wiener Worte

Ein Außenminister tritt ans Mikrofon, in Sachen Menschenrechte. Ein Schelm, wer Kluges dabei denkt – denn Mr. Shultz aus Washington ist sich nicht zu klein, auf der KSZE-Tagung in Wien für 53 Provokateure zu barmen. Diese hatten sich laut einer Meldung der „Leipziger Volkszeitung" ein Quentchen zu wichtig genommen und versucht, das Gedenken an Karl und Rosa mit einer öffentlichen Zusammenkunft in der Innenstadt Leipzigs zu stören. Infolgedessen wurden sie zugeführt, belehrt und wieder entlassen.

Deswegen also klagt der Minister aus Übersee den Sozialismus an, während seine Polizei in Miami fast schon traditionell Jugendliche umbringt – nur weil sie anderer Hautfarbe sind.

Amerikas Politik, so Shultz vor kurzem, müsse für die des Westens ein unangreifbares Symbol bleiben. Sein Wiener Flop läßt darauf schließen, daß nur das Symbol der drei Affen gemeint sein kann – stumm, blind und taub. Gegenüber wirklichen Menschenrechtsverletzungen.

Kai Beißer

INHALT

Impressum: Die Mücke. Dokumentation der Ereignisse in Leipzig, herausgegeben von Mitarbeitern der Arbeitsgruppe Menschenrechte und des Arbeitskreises Gerechtigkeit Leipzig, März 1989, innerkirchlich

VORWORT

"Was war los in Leipzig ?" So fragte nicht nur die "Junge Welt" am 17. Januar, sondern auch all jene, für die Versammlungs-, Meinungs-, Presse- und Vereinigungsfreiheit zu einer demokratischen Gesellschaft gehören. Was in Leipzig los war soll hier in Form einer Chronik des letzten Jahres und als Bericht über die wohl größte Solidarisierungswelle nach einem "Ereignis" außerhalb von Berlin, die die DDR seit Jahren erlebte, vorgelegt werden.

Welche (kirchen-) politischen Bemühungen zur Beilegung des Konfliktes führten, ist schwer zu beurteilen, weil nach dem gegenwärtigen Informationsstand schwer zu unterscheiden ist, was Gerücht, was gezielte Fehlinformation und was durch Indiskretion öffentlich Gewordenes ist. Dies können die Verfasser, schon weil ein prinzipielles Mißtrauen von seiten des Staates und der Kirchenleitung ihnen gegenüber besteht, zum jetzigen Zeitpunkt nicht leisten. Weder den Betroffenen noch ihren Freunden wurden die Hintergründe für die Einstellung der Ermittlungsverfahren nach § 25 der StGB mitgeteilt.

Einige dieser "Informationen" wollen wir hier jedoch hervorheben ohne ihren Wahrheitsgehalt wirklich überprüfen zu können. Kampfgruppenmitglieder in Zivil, die gegen die Demonstranten vom 15.1. vorgehen sollten, sollen - irritiert durch die Teilnahme von Eltern mit Kindern- Befehle nicht befolgt und einen vor der Auflösung der Demonstration geplanten Ring um die Demonstranten nicht geschlossen haben, so daß es nur zu einer Blockade durch Bereitschaftspolizei kam. Andere sollen im Nachhinein darüber gefragt wie sie in Zukunft handeln würden - ihren Unmut über das Vorgehen gegen friedliche Demonstranten geäußert haben. Fünfundsechzig Austritte und Ausschlüsse aus den Kampfgruppen sollen die Folge gewesen sein. Am 18.1. soll es eine Sitzung der Bezirksleitung der SED gegeben haben, bei der auch der 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED in Dresden Modrow und 2 Politbüromitglieder anwesend waren, die die Verhaftungen als nicht im Interesse der SED bezeichneten. Die Staatssicherheit soll jedoch die Ereignisse in Leipzig zum Anlaß zu nehmen versucht haben gegen die gesamte Friedens- und Bürgerrechtsbewegung der DDR vorzugehen, wofür zumindest die Vorladungen "Zwecks Klärung eines Sachverhaltes" vom 18.1. ein Indiz liefern. Und schließlich soll der Staatsratsvorsitzende Erich Honecker nach einem Gespräch mit dem schwedischen Ministerpräsidenten I. Carlsson am 24.1. persönlich die Einstellung der Ermittlungsverfahren angeordnet haben.

Da zum einen die Aktivitäten der Leipziger Gruppen nicht so im Blickpunkt der Oeffentlichkeit standen und zum anderen, um die Entwicklung zum 15.1. und den Kontext der Ereignisse aufzuzeigen, halten wir es für nötig, mit einer Chronik des letzten Jahres zu beginnen. Diese Chronik ist sicher unvollständig. Auch die Solidaritätsbekundungen konnten wir nicht alle erwähnen; zum einen, weil uns sicher manches unbekannt blieb und zum anderen, weil alles aufzuschreiben den Rahmen dieser Dokumentation gesprengt hätte. Wir bitten all jene, die sich übergangen fühlen hierfür um Entschuldigung. An Ergänzungen und Meinungsäußerungen sindwir jedoch interessiert. Es versteht sich von selbst, daß Zitate und Dokumente nicht in jedem Fall die Meinung der Verfasser wiederspiegeln.

Kathrin Walther 7050 Leipzig Meißner Str. 31
Thomas Rudolph 7050 Leipzig Meißner Str. 31
Frank Richter 7033 Leipzig Michael-Kazmierczak-Straße 18

Leipzig, März 1989

I. "WAS WAR LOS IN LEIPZIG?". EINE CHRONIK

13.2.88 In einem Meditationsgottesdienst mit anschließender Vorstellung von Leipziger Baisgruppen und Benefizkonzert in der Michaeliskirche wird über Perspektiven der Arbeit der Gruppen nach den Vorgängen um die Luxemburg-Liebknecht-Demonstration 1988 nachgedacht.

19.2.88 Vor etwa 800 Ausreise-Antragstellern spricht Pfarrer Führer in der Nikolaikirche über "Leben und Bleiben in der DDR". Daß ein Abend zu diesem Thema in einer Kirche stattfindet, wird von den Ausreise-Antragstellern als endgültiges Zeichen der Kirche zur Hilfe für ihr Problem (miß-)verstanden. Im Anschluß an den Vortrag stellten sich die Antragsteller Manfred Hartmann, Frank Wolfgang Sonntag, Dr. Steffen Kind und Dr. Michael Kunze (alle sind Mitarbeiter der "Arbeitsgruppe Ausreise des Arbeitskreises Gerechtigkeit" und des Gesprächskreises um Jugendpfarrer Kaden) als Kontaktpersonen zur Ausreiseproblematik vor. Außerdem wird eine Eingabe an den Rechtsausschuß der Volkskammer verteilt. Darin wird die Verwunderung zum Ausdruck gebracht, daß man/frau sich offensichtlich "landesverräterischer Beziehungen" schuldig machen muß, um die DDR zügig verlassen zu können. Gleichzeitig wird um eine klare gesetzliche Regelung gebeten, die sich an internationalen Konventionen ausrichten müßte. Der Brief fand weite Zustimmung und wurde im Februar, März und April von etwa 5000 Antragstellern in der ganzen DDR abgeschickt. In der Folge des Abends bildet sich neben dem schon bestehenden Gesprächskreis von Ausreise-AntragstellerInnen um Jugendpfarrer Kaden ein weiterer um Pfarrer Führer.

27.2.88 Während des Baisgruppentreffens "Frieden Konkret VI vom 26. bis 28. 2. in Cottbus werden gegen 16.00 Uhr nach einer Ausweiskontrolle Brigitte Moritz (AG Friedensdienst) und Rainer Müller (Umweltgruppe Borna) durch die Dt. Volkspolizei zugeführt. Nach der Beschlagnahme ihrer Tagungspapiere werden sie zu Inhalt und Zielsetzungen dieses kirchlichen Seminars befragt, wobei Rainer Müller auch körperlich hart bedrängt wird.

28.2.88 In der Reformierten Kirche findet eine Graphikauktion statt. Der Erlös von 15 000 Mark ist in 3 gleichen Teilen für die Ökumenische Versammlung, die Arbeit von Baisisgruppen und als Hilfsfond für "in Bedrängnis geratene BasisgruppenmitarbeiterInnen" bestimmt.

29.2.88/1.3.88 Die Mitarbeiter des "Arbeitskreises Gerechtigkeit" Frank Wolfgang Sonntag und Dr. Michael Kunze werden inhaftiert. Ihnen wird die Erarbeitung und Verteilung der obengenannten Eingabe vorgeworfen. In diesem Zusammenhang werden auch der Mitarbeiter des "Arbeitskreises Gerechtigkeit" Dr. Steffen Kind und einige AntragstellerInnen des Gesprächskreises um Jugendpfarrer Kaden zugeführt. Sie alle und viele Tausend AntragstellerInnen sowie einige wenige BasisgruppenmitarbeiterInnen in der ganzen DDR sollen in den folgenden Monaten nach Zuführungen oder Vorladungen eine Belehrung unterschreiben, die ihnen die Mitarbeit an kirchlichen Veranstaltungen untersagt.

10.3.88 Aufgrund von Verhandlungen des Landeskirchenamtes Sachsen mit staatlichen Vertretern, von Anfragen des norwegischen Außenministeriums, des SPD-Vorsitzenden W. Brandt, der städtischen Solidarität und der Einsicht staatlicher Organe werden Herr Sonntag und Herr Dr. Kunze aus der Untersuchungshaft entlassen. Ihre Ermittlungsverfahren nach

§ 214 Abs. 1+3 laufen jedoch noch bis zu ihrer Einstellung am 5. April weiter.

14.3. (Messemontag) Nach dem seit 1981 stattfindenden montäglichen Friedensgebet in der Nikolaikirche kommt es zu einer Demonstration von etwa 300 Antragstellern und BasisgruppenmitarbeiterInnen. Sie gehen von der Nikolaikirche durch die Innenstadt zur Thomaskirche und wieder zurück. Auf dem Rückweg fahren einige Tonwagen der Polizei durch
durch den Demonstrationszug hindurch und fordern die Demonstranten auf, sich zu zerstreuen. Daraufhin löst sich der Demonstrationszug auf. Einige wenige gehen weiter Richtung Sachsenplatz, von dort werden einige von ihnen zugeführt.

29.3. Der Bezirkssynodalausschuß für Frieden und Gerechtigkeit der Bezirkssynode Leipzig Ost, in dem auch je ein/e Vertreter/in jeder Leipziger Basisgruppe sitzt, beschließt auf Antrag Superintendent Magirius': "Die Gruppen sollen in den nächsten Friedensgebeten, die den Rahmen einer Großveranstaltung angenommen haben, die Begleitung eines verantwortlichen Pfarrers suchen und akzeptieren." Damit wird die seit 1983 bestehende Praxis der eigenverantwortlichen Gestaltung der Friedensgebete durch Laien und Basisgruppen beendet. Von den Basisgruppen, die den Beschluß mittragen, wird er allgemein als "Zensurbeschluß" gewertet. Am 17. Juni beschließt der Bezirkssynodalausschuß die Verlängerung dieser Regelung bis 31. Oktober.

Ende April/ 1. 5. Aktivisten verschiedener Gruppen (darunter MitarbeiterInnen des "Arbeitskreises Gerechtigkeit" und der "Initiativgruppe Leben") werden intensiv beschattet. Vor einigen Wohnungen sind bis zu einem Dutzend MfS-Mitarbeiter im Einsatz. Die Staatssicherheit befürchtet eine eigenständige Teilnahme an den staatlichen Maiaufzügen.

1.5. Rainer Müller und 3 seiner Freunde versuchen in Borna (ohne Plakat!) an den offiziellen Maifeierlichkeiten teilzunehmen. Sie werden nach 100m von MfS-Mitarbeitern aus dem Maiaufzug entfernt.

28.5. Auf dem ersten Leipziger Tag zum Konziliaren Prozeß, der in der Probsteikirche stattfindet, wird über die Themen der Ökumenischen Versammlung gesprochen.

Ende Mai BürgerInnen Leipzigs finden in ihren Briefkästen oder lesen an Litfaßsäulen folgenden Aufruf :

Lesen Abschreiben Weitergeben

5. Juni 1988 - Weltumwelttag
Pleiße-Gedenkumzug

Als Ausdruck der Betroffenheit
Besinnung und
Mahnung
Treffpunkt: Sonntag 5.6.88, 14.00 Uhr
Sportplatz Teichstraße, zu erreichen
mit der Straßenbahn 10,11,22,24,28
bis Connewitzer Kreuz

Der Wunsch nach sauberen Gewässern
soll uns miteinander verbinden
soll uns die Verantwortung für das Morgen bewußt werden lassen
soll uns fordern, aktiv für die Erhaltung der Natur einzutreten.

Eingeladen wurden: Bürgermeister d. Stadt Leipzig, Sup. Richter, Vertreter des Ministeriums für Umweltschutz, Sup.

Magirius, Staatliche Gewässeraufsicht, Jugendpfarrer Kaden, verschiedene Betriebsdirektoren, Pfarrer Wonneberger, Bez.-Hyg.-Inspektion, Pfarrer Berger und Stadtreporter der LVZ.
Für ein abschließendes Mahl bitten wir, kleine Portionen an Speisen, Instrumente und Blumen mitzubringen.

1.6. Uwe Schwabe von der Initiativgruppe Leben wird zugeführt. 7 Stunden lang wird er zum am Weltumwelttag stattfindenden 1. Pleiße-Gedenkumzug befragt.

3.6. Roland Quester, der einer Vorladung für den 2. Juni nicht nachgekommen war, wird zugeführt und zum selben Thema befragt.

5.6. Unter aktiver Teilnahme von MitarbeiterInnen der Initiativgruppe Leben, des Arbeitskreises Gerechtigkeit und des Arbeitskreises Solidarische Kirche - Regionalgruppe Leipzig nehmen 230 BürgerInnen Leipzigs am 1. Pleiße-Gedenkumzug teil. Der Gedenkmarsch war keine kirchliche Veranstaltung, sondern wurde von StaatsbürgerInnen in ihrer Verantwortung für die Umwelt durchgeführt. Er führte von der Teichstraße auf einem zweistündigen Weg durch den Clara-Zetkin-Park Richtung Innenstadt. Es gibt keine Behinderungen durch die staatlichen Organe (s. Umweltblätter 10/88; Streiflichter Juni 1988).

11.6. Die für diesen Tag geplante 1. Leipziger Zukunftswerkstatt wird bereits einige Wochen vorher abgesagt, da die Superintendenten Richter und Magirius es ablehnen, die Verantwortung zu übernehmen.

12.6. An der Wallfahrt zum 6. Umweltgottesdienst in Deutzen unter dem Thema "Unsere Zukunft hat schon begonnen" wollen MitarbeiterInnen des Arbeitskreises Gerechtigkeit" mit Spruchbändern gegen Kernkraftwerke und für "mehr Freiheit für Druckgenehmigungen" teilnehmen. Vom Kirchenvorstand Deutzen und einigen Pfarrern werden sie aus dem sich formierenden Zug herausgeholt und intensiv gebeten (eingeschlossen von einer Doppelreihe Kirchenvorstandsmitgliedern und Pfarrern) , diese Wallfahrt "nicht zu mißbrauchen". Originalton Pfarrer ...: "Machen sie doch ihre eigene Demonstration an einem anderen Ort". Die Basisgruppen der DDR waren eingeladen, nun wird eine von ihnen ausgeladen. Die Gruppe verzichtet dann auf eine Teilnahme, während Mitarbeiter der AGM mit Plakaten an der Wallfahrt teilnehmen.

27.6. Die Initiativgruppe Leben gestaltet unter Leitung von Pfarrer Christoph Wonneberger das letzte Friedensgebet vor der Sommerpause. Als <u>konkrete</u> Fürbitte wird in ihm für Herrn Tallig Geld gesammelt, da er aufgrund des Anbringens von Losungen in der Unterführung am Leuschnerplatz (im Zusammenhang der Januar-Ereignisse) mehrere Tausend Mark Strafe und Schadenersatz zu zahlen hatte. Der anwesende Superintendentenstellvertreter Wugk distanziert sich noch im Friedensgebet von dieser "konkreten Fürbitte", da sie eine "illegale Sammlung" sei. Diese Distanzierung stellt einen Übergriff auf die ausgehandelte Friedensgebetspraxis dar, da die Fürbitte in der Verantwortung Pfarrer Wonnebergers lag. Diese konkrete Fürbitte wurde unter anderem zum Anlaß für die folgende Auseinandersetzung um das Friedensgebet genommen.

8.8. Die Initiativgruppe Leben, die Arbeitsgruppe Menschenrechte, die Arbeitsgruppe Umweltschutz und der Arbeitskreis Gerechtigkeit gestalten in der Michaeliskirche ein Gedenkgebet über die Gefahren der Nutzung von Kernenergie.

22.8. Die VertreterInnen der Basisgruppen im Bezirkssynodalausschuß Frieden und Gerechtigkeit erhalten einen auf den 15. August datierten Brief von Superintendent Magirius. In ihm heißt es

unter anderem:
"Die Nikolaikirchgemeinde übernimmt nach der Sommerpause Durchführung und Verkündigung der Friedensgebete selbst.
Die meisten Teilnehmer sind an den Zusammenkünften sind nicht interessiert und engagiert an den Fragen "Frieden-Gerechtigkeit-Bewahrung der Schöpfung" im Sinne des konzilliaren Prozesses, sondern erwaren von der Kirche, daß diese sich für ihre Probleme einsetzt."
Herr Magirius ordnet (in Absprache mit dem Pfarramtsleiter St. Nikolai-St. Johannis, Pfarrer Führer), ohne daß es einen Kirchenvorstandsbeschluß von St. Nikolai-St. Johannis gibt, ohne sich mit den Baisgruppen beraten zu haben, ohne den Beschluß des Bezirkssynodalausschusses zu beachten (er galt bis zum 31. Oktober) an, daß die Baisisgruppen von der Gestaltung der Friedensgebete ausgeschlossen werden.

25.8. 13 MitarbeiterInnen der Initiativgruppe Leben, des Arbeitskreises Gerechtigkeit, der Aktion Sühnezeichen, des Arbeitskreises Solidarische Kirche - Regionalgruppe Leipzig und der Arbeitsgruppe Umweltschutz richten eine Protesterklärung an Superintendent Magirius. In ihr heißt es:

"... Sie grenzen uns aus mit der Begründung, daß wir als Gemeinde "... an den Fragen Frieden, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung im Sinne des konziliaren Prozesses nicht interessiert und engagiert sind ...
Gegen diese Verfahrensweise protestieren wir!
Allen Gruppen ist ein tiefes und ehrliches Interesse an den Friedensgebeten Selbstverständnis. Unser Anliegen ist es, in den Gebeten unseren Problemen, unseren Erwartungen an die DDR-Gesellschaft, wie auch unserer Stellung zu globalen Problemen - die im konziliaren Prozeß zusammengefaßt sind - Ausdruck zu verleihen. Dies möchten wir mit unserer eigenen Sprache, unseren eigenen Gedanken, der Vielfalt unserer Meinungen, der Erschütterung und Besorgtheit tun und das selbstverständlich in der uns eigenen Glaubensform.
Die in den letzten Monaten vorwiegend durch Ausreiseantragsteller vergrößerte Gemeinde stellt in den Augen der Staatsorgane (für wen auch immer) eine potentielle Gefahr dar. Mit der beabsichtigten Ausgrenzung der Antragsteller stellen Sie sich auf die Seite derer, die dieser Gemeinde ein ehrliches Interesse an Inhalt und Botschaft dieser Gottesdienste absprechen. Die Gemeinde nimmt aber diszipliniert und aufmerksam an den Gottesdiensten teil und wächst mit ihnen.
Ihr Urteil über 'die meisten Teilnehmer' ist eine Diffamierung!
Mit Befremden stellen wir fest, daß die versammelten Teilnehmer von Ihnen nicht als Gemeinde Christi angenommen werden.
Wir fordern:
- Offenlegung der tatsächlichen Hintergründe Ihrer uns unverständlichen Entscheidung,
- Wiederherstellung der Möglichkeit für die Leipziger kirchlichen Basisgruppen, die Friedensgebete in Eigenverantwortung (unzensiert) zu gestalten."

29.8. Trotz intensiver Bitten verweigern Superintendent Magirius und Pfarrer Führer das Verlesen der Protesterklärung und eine Diskussion über beide Texte mit der Gemeinde des Friedensgebetes. Daraufhin entschließen sich einige BasisgruppenmitarbeiterInnen, die Diskussion nach dem Friedensgebet auch ohne Genehmigung

durchzuführen. Es kommt zu Tumulten. Während ein Basisgruppen-mitarbeiter die Texte verliest, stellt sich Pfarrer Führer auf eine Bank und sagt unter anderem:
"Das sind keine Leute von uns(gemeint ist der Briefverleser/der Verfasser). Wenn Sie hier weiter bleiben, arbeiten wir nur den Staat in die Hände, der das Friedensgebet je eher, je lieber, aufhören lassen will."
Anschließend unterzeichnen 200 FriedensgebotsteilnehmerInnen die Protesterklärung der BasisgruppenmitarbeiterInnen.
Später werden gegen die Theologiestudenten Jochen Läßig und Thomas Rudolph (beide Mitarbeiter des "Arbeitskreises Gerechtigkeit") wegen ihrer Teilnahme an dieser Aktion vom Theologischen Seminar, einer kirchlichen Ausbildungsstätte, Disziplinarstrafen verhängt.
Noch am Abend des 29. 8. beschließt der Kirchenvorstand von St. Nikolai-St. Johannis, was auf Anordnung Superintendent Magirius' (in Absprache mit Pfr. Führer) nun schon Friedensgebetspraxis ist.

1. 9. Thomas Rudolph vom "Arbeitskreis Gerechtigkeit" wird zum Leiter der Volkspolizei des Bezirkes vorgeladen, weil er zu einer Fahrradkette von der Innenstadt zum Messegelände am 4. 9. aufgerufen haben soll. Dies war nicht der Fall. Die Staatssicherheit hatte sich geirrt.

4. 9. AAm Tag der Messeeröffnung fahren etwa 50 FahrradfahrerInnen von der Innenstadt am Messegelände (auf dem sich der Staatsratsvorsitzende Erich Honecker und die Politprominenz aus Ost und West befindet) vorbei ins Grüne. Ihre Fahrt sollte Zeichen für eine Solidargemeinschaft all derer sein, die ffüXr mehr individuelle Rechte eintreten. Einige der TeilnehmerInnen werden später "Zwecks Klärung eines Sachverhaltes" vorgeladen.

5. 9. (Messemontag) Vor dem Beginn des Friedensgebetes werden in der Nikolaikirche unter dem Titel "Die Kirche" die Dokumente des staatlichen und kirchlichen Dienstweges der Erklärungdes Politbüromitgliedes Dr. W. Jarowinsky an Dr. W. Leich von 19. 2.1988 und ein Offener Brief an den Landesbischof Dr. J. Hempel über die Vorgänge um das Friedensgebet verteilt. Im Anschluß an das Friedensgebet wird auf dem Nikolaikirchhof folgende Erklärung verlesen:

"Wir, d. h. einige Mitglieder der Leipziger kirchlichen Basisgruppen Gerechtigkeit, Initiative Leben und Solidarische Kirche machen heute noch einmal den Versuch, uns an die Öffentlichkeit zu wenden. Bisher hatten wir die Möglichkeit, das in der Kirche zu tun. Vor zwei Wochen wurde uns die Sprecherlaubnis durch die Verantwortlichen entzogen. Entgegen den öffentlichen Beteuerungen des Superintendenten und des Pfarrers dieser Kirche, daß ihre Entscheidung allein vor ihrem Gewissen und vor Gott getroffen ist, wissen wir, daß massiver äußerer Druck zur Absetzung des Friedensgebetes der Gruppen geführt hat. In den Gebeten sind öfter Stimmen laut geworden, die hier im Land nicht an die Öffentlichkeit dürfen: Unzufriedenheit mit Kirche und Staat - Protest gegen Unterdrückung - Aufruf zur Solidarität. Damit soll jetzt Schluß sein!
Wir empfinden die Vorgänge um die Absetzung dieser kirchlichen Veranstaltung als skandalös;
- zum einen, weil hier Entscheidungen von Leuten beeinflußt werden, die über das, was in einer Kirche passiert, nichts zu befinden haben, Leute, die sowohl national als auch international das Recht der freien Religionsausübung für ihr Land als verwirklicht erklären.

- zum anderen, weil die kirchlichen Vertreter die Verschleierung der tatsächlichen Sachverhalte mitbetreiben, indem sie ihr eigenes Reden und das Reden anderer nach der politischen Gefälligkeit zensieren.

Wenn diese Haltung in der Kirche zur Regel wird, sehen wir die Glaubwürdigkeit dieser Institution gefährdet. Wir sehen uns als Christen und als Leute, die die Wahrheit lieben, verpflichtet, hier zu protestieren. Wir rufen alle Verantwortlichen dazu auf, die wahren Hintergründe ihrer Entscheidungen offenzulegen und wenigstens in ihren Räumen das Recht der freien Meinungsäußerung aufrecht zu erhalten. Wir bitten um Solidarität aller, die so emfpinden wie wir. Wir bitten all jene, denen die Freiheit der Kirche und die Freiheit der Meinungsäußerung in diesem Land am Herzen liegen, sich zu Wort zu melden."

Später verfassen auch die Arbeitsgruppe Menschenrechte, die Friedensgebetsgemeinde, der Gesprächskreis um Pfarrer Kaden und die Arbeitsgruppe Umweltschutz Protestschreiben wegen der Ausgrenzung der Basisgruppen vom Friedensgebet.

Nach dem Friedensgebet versuchten etwa 200 AntragstellerInnen eine Menschenkette zu bilden und gingen Richtung Markt. Dort löste sich die Menschenkette nach dem Eingreifen von Staatssicherheitskräften in Zivil auf.

11.9. Mitarbeiter des "Arbeitskreises Gerechtigkeit" organisieren als Staatsbürger DDR die Teilnahme einer Gruppe von etwa 50 BürgerInnen am UNICEF-Lauf Sport Aid, da sie nicht verstehen, warum neben Chile, Rumänien und Südafrika auch die DDR offiziell nicht teilnehme will. 124 Länder (darunter die Sowjetunion) beteiligen sich offiziell an dem Lauf. 50 Menschen Leipzigs setzen ein Zeichen unserer Mitschuld an der Armut der Zwei-Drittel-Welt und für eine Unterstützung der Armen. Das Startgeld ging - wie in einem Gespräch mit staatlichen Vertretern diesen mitgeteilt wurde - an Brot für die Welt.
(s. Streiflichter v. 20. 9. 1988)

29.9.-2.10. In der Philippuskirchgemeinde findet die 1. Leipziger Zukunftswerkstatt statt. (s. Streiflichter Okt. 1988, Kontakte Okt. 1988)

3.10. Nach dem Friedensgebet kommt es auf dem Nikolaikirchhof zum ersten Meeting über aktuelle Fragen der Gesellschaft, da diese Fragen wiederholt aus dem Informationsteil der Friedensgebete entfernt wurden.

7.10. Ein Meeting von 80 AntragstellerInnen zu Menschenrechtsfragen auf dem Thomaskirchhof wird durch geschickten Einsatz ziviler Sicherheitskräfte im Ansatz gesprengt.

10.10. Nach dem Friedensgebet in der Nikolaikirche werden vor etwa 200 Menschen von BasisgruppenmitgliederInnen ein Beschluß zu gesellschaftlichen Fragen der Synode des Bundes der ev. Kirchen in der DDR verlesen und weitere aktuelle Informationen gegeben, die in der Kirche nicht angesagt werden durften.

17.10. Nach dem Friedensgebet veranstalten 300 Menschen auf dem Nikolaikirchhof ein Meeting über die Zensur der Kirchenzeitungen und den verhinderten Schweigemarsch von 200 Personen in Berlin am 10. 10. Ein Briefentwurf an den Staatssekretär für Kirchenfragen Dr. K. Löffler wird vorgestellt und angenommen.

Staatssekretär für Kirchenfragen   Leipzig, am 17.10.88
Herr G. Löffler
(Adresse)

Sehr geehrter Herr Staatssekretär!
Am 10.10. 88 fand in Berlin eine friedliche Demonstration gegen die fortgesetzte Zensur in evangelischen Kirchenzeitungen statt. Der Demonstrationszug wurde nach wenigen Metern von zivilen und uniformierten Sicherheitskräften gestoppt und die mitgeführten Plakate heruntergerissen.
Im folgenden Handgemenge wurden auch in der DDR akkreditierte Journalisten aus der Bundesrepublik Deutschland bei ihrer Arbeit behindert.
80 Personen wurden vorläufig festgenommen. Entgegen der ADN-Meldung, daß alle Festgenommenen gegen 21. 00 Uhr entlassen wurden, waren die letzten Beteiligten erst 0.15 Uhr frei.
W i r s i n d d e r M e i n u n g , d a ß a u c h i n d e r D D R e i n e f r i e d l i c h e D e m o n s t r a t i o n m ö g l i c h s e i n m u ß !
Wir unterstützen den Protest der Berliner Christen. Wir erwarten von den kommenden Gesprächen zwischen Kirche und Staat die verbindliche Zusage, daß Eingriffe in kirchliche Publikationen in Zukunft unterbleiben.

274 Unterschriften

20.10. Beate Fahrnländer, Manfred Fahrnländer und Axel Holicki werden wegen des Meetings vom 17.10. zugeführt; am 21. 10. wird Stefan Fahrnländer zugeführt; am 24. 10. wird Thomas Baumann (alle sind MitarbeiterInnen des"Arbeitskreises Gerechtigkeit") zum Amt für Inneres bestellt. Von dort wird er durch Mitarbeiter des MfS auf die Dimitroffstraße zugeführt.

23.10. Andree Botz, Michael Arnold und Andreas Radicke von der Initiativgruppe Leben werden zugeführt und zur Arbeit ihrer Basisgruppe befragt.

24.10. Während des Friedensgebetes in der Nikolaikirche gehen etwa 15 BasisgruppenmitgliederInnen in den Altarraum. Sie tragen Kerzen und Plakate folgenden Inhaltes:
"Wir mahnen, an die zu denken, die gehen mußten"
"Wir mahnen, die Wahrheit zu sehen"
"Wir mahnen uns, danach zu handeln"
"Mündigkeit verpflichtet - ziviler Ungehorsam"
Im Anschluß an das Friedensgebet wollen sie eine Erklärung abgeben. Dies wird ihnen vom anwesenden Superintendenten Magirius verwehrt. Daraufhin verlassen sie mit den Plakaten die Kirche und verlesen die Erklärung vor etwa 450 Personen auf dem Nikolaikirchhof. In ihr heißt es u. a.:
"Unsere Arbeit in den Gruppen ist getragen durch den von Christus gelebten Glauben an Menschlichkeitund Menschenwürde. Wir brauchen die Solidarität aller - die auf verschiedenste Art und Weise nach diesen Werten suchen und leben möchten. Wir können nicht mehr nebeneinander für dasselbe wirken wollen. Es ist Zeit - sich zu engagieren - weil wir jetzt leben und nicht mehr lediglich auf Veränderungen in der Zukunft hoffen können.
Die Angst der Menschen vor ihrer Umwelt und vor sich selbst wächst ständig. Die Kluft zwischen persönlichem Denken und Fühlen und dem Handeln nach Normen, suggestierten Wünschen und gesellschaftlichen Ansprüchen nimmt immer mehr zu. Angst und Zwiespalt zerstören Lebenssinn und menschliche

Beziehungen.
Wir können dem nur durch gemeinsames, bewußtes, Neues Handeln und Umsetzung unserer Erkenntnisse begegnen.
Unsere Forderung nach Veränderungen müssen in dier gesellschaftlichen Öffentlichkeit sichtbar werden.
Die Arbeit der kirchlichen Basisgruppen ist ein versuchter Weg an den alles umfassenden Themen Frieden - Gerechtigkeit - Bewahrung der Schöpfung zu arbeiten.
Sie basiert darauf - sich gegenseitig anzuregen und zu motivieren - Probleme gemeinsam zu tragen und im Handeln nicht allein zu sein.
Auch wenn diese Arbeit von verschiedenen Seiten in der Kirche weder geachtet, anerkannt oder gar gefördert wird - gilt es, diesen minimalen Freiraum in diesem Land zu nutzen.
Es liegt an uns - die Kirche immer wieder an ihre im Evangelium verankerte und von Christus gelebte Aufgabe zu erinnern - sich dem Menschen und seiner Umwelt zuzuwenden.
Wir bitten Euch, diese Worte anzunehmen und sie nach eigenem Ermessen umzusetzen.

26.10./4.11. Wegen ihrer aktiven Teilnahme am Meeting vom 24. 10. werden am 26. 10. Katrin Hattenhauer, Rainer Müller (beide Arbeitskreis Gerechtigkeit), Uwe Schwabe und Frank Sellentin (beide Initiativgruppe Leben) zugeführt; am 31. 10. wird Anita Unger (Initiativgruppe Leben) zugeführt; bereits am 27. 10. wird Gesine Oltmanns (Arbeitskreis Gerechtigkeit) zugeführt. Am 1. 11. wird Jochen Läßig (Arbeitskreis Gerechtigkeit) "zwecks Klärung eines Sachverhaltes" vorgeladen, am 4. 11. wird Uwe Schwabe erneut vorgeladen.
Am 17. November erhalten die Zugeführten Ordnungsstrafverüfungen, Rainer Müller und Gesine Oltmanns über je 500.75 M; Frank Sellentin über 400.75 M; Jochen Läßig über 200.75 M; Anita Unger und Katrin Hattenhauer über je 150.75 M. Uwe Schwabe erhält einen Verweis.
In der Ordnungsstrafverfügung heißt es:
"Sie haben am 24. Okt. 1988 eine Ordnungswidrigkeit begangen, indem Sie in 7010 Leipzig, Nikolaikirchhof, an einer Versammlung teilnahmen, durch die die öffentliche Ordnung und Sicherheit beeinträchtigt wurde und gesellschaftliche Interessen mißachtet wurden."
"Begründung: Wer vorsätzlich das sozialistische Zusammenleben der Bürger stört, indem er eine Zusammenkunft, die geeignet ist, gesellschaftliche Interessen zu mißachten oder die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu beeinträchtigen, organisiert, in sonstiger Weise daran mitwirkt, kann mit Ordnungsstrafe belegt werden."
Ende November leben die Betroffenen Beschwerde ein. Am 19.12. erfolgt die Ablehnung der Beschwerde. Am 2.1. trifft eine Mahnung zur Zahlung ein, durch die sich der Betrag um 10,- M (Mahngebühr) erhöht:
"Mahnung
Sie haben Ihre Zahlungspflicht nicht eingehalten und hierfür auch keine Gründe angegeben. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß ohne weitere Mahnung die Vollstreckung erfolgt, wenn Sie bis zum 16. 1. 89 keine Zahlung leisten."
Bis Mitte Februar wurde weder der Betrag gezahlt, noch vollstreckt (also gepfändet).

29.10. Von der Initiativgruppe Leben, dem Arbeitskreis Gerechtigkeit undder Aktion Sühnezeichen wird der 1. Abend zur Solidarität mit dem rumänischen Volk durchgeführt. Ein Protestschreiben wird verfaßt.

Protesterklärung

Leipzig, den 1. November 1988

Wir achten die nationale Souveränität Rumäniens, glauben aber, daß wir angesichts der Menschenrechtsverletzungen in Rumänien nicht schweigen dürfen und die in Rumänien lebenden Menschen unsere Solidarität brauchen.
Wir protestieren:
- daß trotz angeblicher wirtschaftlicher Erfolge und Fortschritte die Lebensbedingungen für die Menschen in Rumänien zunehmend katastrophaler werden und selbst Grundnahrungsmittel nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen,
- gegen die geplante Einebnung von 8 000 Dörfern,
- gegen die Isolierung der Bevölkerung, z. B. durch willkürliche Reisebeschränkungen, Übernachtungsverbot für Ausländer bei Privatpersonen, beschränkte Telefoniermöglichkeiten ins Ausland,
  gegen die Eingriffe in die Privatsphäre der rumänischen Bürger, z. B. die Vier-Kinder-Familien-Politik.

Wir äußern unser Unverständnis über den in Rumänien herrschenden Personenkult Nicolae Ceaucescu. Er ist mit den Grundsätzen sozialistischer Demokratie nicht vereinbar.
Wir sehen in der Verleihung des Karl-Marx-Ordens an Nicolae Ceaucescu durch die Regierung der DDR eine Würdigung dieser Verhältnisse in Rumänien. Deshalb distanzieren wir uns davon.
Wir bitten um Änderung der Verhältnisse.
Für die Bürger Rumäniens mehr Brot, mehr Freiheit, mehr Menschlichkeit.

Diese Erklärung wurde von 89 Teilnehmern des Rumänientages am 29. 10. 88 in Leipzig-Mockau angenommen.
Im Namen der Teilnehmer: Gesine Oltmanns (Adresse)

31.10. Die Initiativgruppe Leben und die Arbeitsgruppe Menschenrechte veranstalten in der Lukaskirchgemeinde mit 350 Personen einen Abend zum Sozialen Friedensdienst.
6.11. bis 16.11. Friedensdekade
9.11. Aus Betroffenehit über den Zustand unserer Gesellschaft formiert sich nach dem Friedensgebet zum Progromgedenken, als eine "Initiative zur gesellschaftlichen Erneuerung der DDR" ein Schweigemarsch. Der Zug von 200 Personen führt von der Nikolaikirche zum Gedenkstein an der ehemaligen Synagoge. Am Gedenkstein werden Kerzen niedergestellt. Dem Zug durch die Innenstadt wird von der Polizei die Straße freigehalten. Über die Gründe und Hintergründe des Schweigemarsches gibt ein Flugblatt Auskunft.

Initiative zur gesellschaftlichen Erneuerung der DDR

Leipzig, den 9. Nov.1988

Die Pogromnach vor 50 Jahren mahnt uns:
Die Menschen in Deutschland waren 1938 durch fünf Jahre faschistische Diktatur und Ideologie in Denken und Fühlen geprägt und deformiert. Haß und Gewalt gegenüber Andersdenkenden fanden in den Köpfen der Menschen damals ihre Legitimation. Die Angst vor dem totalitären Staatsgefüge und das Mißtrauen zu seinen Mitmenschen breiteten sich in der Gesellschaft aas. Unter dem ständigen Einfluß des faschistischen Massenkultes wurden Kritik und Aufbegehren

bis ins eigene Denken selbstzensiert. Die Menschen zogen sich in die Privatsphäre zurück. Sie vollzogen eine innere Emigration oder mußten emigrieren. Wissen und Ahnung um Rassenverfolgung und Gewalt gegen Andersdenkende brachte nur wenige Menschen zum Handeln.

Wir erfahren durch die Aufarbeitung der Zeit des Stalinismus aus den Zeitungen der Sowjetunion, wie Andersdenkende unter dem Deckmantel der marxistisch-leninistischen Ideologie verfolgt und ermordet wurden.

Wir erleben in unserem Land, wie Menschen mit konstruktiv-kritischen Meinungen kriminalisiert und als Staatsfeinde verfolgt werden. Wir erleben Ausgrenzung und Diskriminierung. Wie lange werden wir als mündige BürgerInnen des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden noch zusehen:

Wenn Skinheads und einige Fußballfans neonazistische Parolen schreien?
Wenn verfassungswidrige Ausländerfeindlichkeit gerade auch gegen das leidgeprüfte polnische Volk um sich greift?
Wenn ein Vertreter der Kreisleitung der FDJ an der C. v. Ossietzky EOS in Berlin, im Zusammenhang mit den Relegierungen und Schulstrafen gegen Schüler, die die offizielle "Speakers Corner" zum friedlichen Meinungsstreit über die Situation in Polen und Militärparaden nutzten, sagte, 'man bemühe sich, um jeden zu kämpfen (z. B. um Grabschänder, Skinheads u. a.), aber in diesem Fall müßte die Trennung von eindeutig staatsfeindlichen Schülern erfolgen'?
Wenn die Freiheit der Presse, über alle gesellschaftlichen Bereiche zu berichten, durch die sogenannte Druckgenehmigungspraxis verhindert wird?
Wenn junge Menschen, die sich anders kleiden als die Mehrheit der Bevölkerung, wie die Punks in Dresden wegen "unästhetischen Aussehens" Ordnungsstrafen zahlen müssen oder physische Gewalt durch Polizisten erleiden müssen?
Wenn Mitarbeiter der Kirche von unten in Weimar - wie z. B. Jörg Wilker - für ihr Engagement zur Aufklärung über IWF und Weltbank psychisch unter Druck gesetzt und physisch mißhandelt werden?
Wenn Mitarbeitern kirchlicher und unabhängiger Gruppen - wie am 28. 10., 1. 11., 4. 11. in Berlin und zwischen dem 20. 10. und 1. 11. in Leipzig geschehen - auf Grund ihres friedlichen Engagements und ihrer öffentlichen Meinungsbekundung zugeführt und Ermittlungsverfahren wegen krimineller Handlungen angedroht werden?
Wenn Schriftsteller - wie am 1. 11. Johannes Bader - nach Lesungen, bei denen sie auch über gesellschaftliche Probleme informierten, polizeilich zugeführt und Manuskripte beschlagnahmt werden?

Wenn wir das Gedenken an die Pogromnacht für uns annehmen, müssen wir unsere Verantwortung als Mensch wahrnehmen; die Verantwortung für die Freiheit der Menschen in unserem Land, die Verantwortung für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung.

Wir protestieren gegen neostalinistische Tendenzen in der Gesellschaftsstruktur der DDR. Wir protestieren gegen n e o n a z i s t i s c h e Tendenzen im Denken und

Handeln einiger Menschen dieses Landes.
Wir fordern die Regierung der DDR auf, die Kriminalisierung und Ausgrenzung von Andersdenkenden, die die Würde des einzelnen achten, zu beenden. Wir fordern einen öffentlichen Dialog aller gesellschaftlichen Kräfte, der Kritik und Selbstkritik einschließt, über alle Problemfelder dieses Landes.

11.11. In der Nikolaikirche findet der "Abend für den Frieden" statt. Er wird allgemein als Höhepunkt der Friedensdekade angesehen. In Vorträgen, Podiumsdiskussion und Ständen wird von 1000 Personen der Fragen nach Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Umweltgedacht. Bedauerlich war, daß leider einige Gruppen erneut ausgegrenzt wurden. So wurde dem Arbeitskreis Gerechtigkeit von Pfarrer Führer die Genehmigung zur Aufstellung dreier Tafeln zur Ausreiseproblematik kurzfristig wieder entzogen. Kurzerhand entfernte er auch die von einem Mitarbeiter der AGM an eine Klagemauer angebrachten Bilder über die Polizeieinsätze gegen friedliche Demonstranten in Prag.

13.11. In der Reformierten Kirche wird von der AG Umweltschutz, dem Christlichen Umweltseminar Rötha und dem Jugendpfarramt Leipzig mit 500 Personen "Ein Tag für Espenhain" veranstaltet. Stände, Vorträge und eine Podiumsdiskussion geben Auskunft über den Zustand der Region Borna/Espenhain. Die Aktion "Eine Mark für Espenhain" als Zeichen dafür, daß die Braunkohleschwelerei in Espenhain rekonstruktionsbedürftig ist, wurde erneut unterstützt.
(s. Streiflichter November 1988)

15.11. MitarbeiterInnen des Arbeitskreises Solidarische Kirche gestalten einen Informationsabend über Rumänien.

17.11. Familie Kleinschmager und Marion Klement werden inhaftiert, nachdem sie Ausreise-Antragsteller für den 20. 11. zu einem "Schaufensterbummel" mit anschließender Diskussion über in der DDR tabuisierte Themen aufgerufen haben sollen.

19.11. Am 2. Leipziger Tag zum konziliaren Prozeß werden die Ergebnisse von Magdeburg besprochen.

20.11. In der Karl-Tauchnitz-Strl treffen sich Ausreise-AntragstellerInnen zum "Schaufensterbummel" (s. o.). Nach einer Aufforderung durch die Sicherheitskräfte, sich zu zerstreuen, setzten sich trotzdem etwa 60 Personen Richtung Innenstadt in Bewegung. Nach massivem Polizeieinsatz löst sich die Gruppe auf. 22 Personen, darunter auch ein 15jähriger Junge, der auf dem Weg zum Zoo war, werden zugeführt. 8 Personen erhalten Ordnungsstrafbescheide zwischen 100.- und 500.- Mark, weil sie "in sonstiger Weise an einer Zusammenkunft teilgenommen" haben, "die geeignet war, die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu beeinträchtigen".

20.11. Der DDR-weite Aufruf, wegen der Relegierungen und Schulstrafen gegen Schüler der Berliner EOS "Carl von Ossietzky" am 27.11. einen Aktionstag durchzuführen, wird bekannt. Von folgenden Leipziger Basisgruppen wird der Aufruf mitgetragen: Arbeitsgruppe Friedensdienst, Arbeitsgruppe Menschenrechte, Initiativgruppe Leben, Arbeitskreis Gerechtigkeit, Offene Arbeit Mockau, Arbeitsgruppe Umweltschutz, Mitglieder des Arbeitskreises Solidarische Kirche / Regionalgruppe Leipzig.

21.11. Es kommt zu einem Gespräch zwischen Landesbischof Dr. J. Hempel, dem LK R Auerbach, den Superintendenten Richter und Magirius sowie einigen Pfarrern und BasisgruppenmitarbeiterInnen über die Themen des konziliaren Prozesses und die Situation in der Stadt, bei dem auch die Vorgänge um das Friedensgebet besprochen wurden.

27.11. Die Arbeitsgruppe Friedensdienst, und der Arbeitskreis Gerechtigkeit gestalten einen Aktionstag zu Bildungsfragen in der ev. Studentengemeinde.

28.11. 40 BürgerInnen (darunter viele MitarbeiterInnern der Initiativgruppe Leben) lassen zur Dokumentar- und Kurzfilmwoche vor dem Capitol Luftballons mit der Aufschrift "Sputnik" steigen, um gegen das Verbot der sowjetischen Zeitschrift und 5 sowjetischer Filme zu protestieren. Mitarbeiter des MfS versuchten, mit brennenden Zigaretten die nichtgenehmigten Flugobjekte zu zerstören. Auf dem Heimweg werden vielfach die Personalien der Protestanten kontrolliert. Am 7. Dezember treffen Ordnungsstrafbescheide über 800.75 M gegen Gesine Oltmanns und je 200.75 M gegen Uwe Der, Fred Kowasch und Katrin Voß ein. Die Gegenbeschwerden laufen noch.

29.11. Aufgrund von Auseinandersetzungen über demonstrative Aktionen scheiden Jochen Läßig, Gesine Oltmanns und Katrin Hattenhauer ausdem Arbeitskreis Gerchtigkeit aus.

8./9. 12. Im Zusammenhang mit für den Tag der Menschenrechte befürchteten Aktionen müssen alle Ausreise-Antragstellem der "Arbeitsgruppe Ausreise des Arbeitskreises Gerechtigkeit" die DDR überstürzt verlassen.

10.12. Eine Arbeitsgruppe zur Situation der Menschenrechte" in der auch drei Leipziger Gruppen mitarbeiten, kündigt den Beginn ihrer Arbeit an.

Arbeitsgruppe zur Situation der Menschenrechte in der DDR

Am 10. Dezember 1948 verabschiedete die Vollversammlung der Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Aus Anlaß des 40. Jahrestages dieses Ereignisses wird die "Arbeitsgruppe zur Situation der Menschenrechte" mit der Sammlung und Veröffentlichung konkreter Verletzungen der Menschenrechte in der DDR beginnen. Wir stützen uns hierbei auf die von der DDR anerkannte Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 und auf die von der DDR ratifizierten UNO- Konventionen über zivile und politische Rechte sowie über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966. Der Stand bei der Verwirklichung der Menschenrechte ist ein entscheidender Indikator für den Zustand einer Gesellschaft. Aus diesem Grunde ist die Information der Oeffentlichkeit über Menschenrechtsverletzungen unerläßlich, auch um Ansatzpunkte für eine breite Diskussion über die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR und zu notwendigen Veränderungen zu markieren. Wir rufen dazu auf, unser Anliegen in vielfältiger Weise zu unterstützen.

10. Dezember 1988

Kontaktadressen

Berlin: Auf Grund der angespannten Situation kann keine Kontaktadresse angegeben werden. Informationen können aber in der Umwelt-Bibliothek (1058 Berlin, Griebenowstr. 16) abgegeben werden.

Güstrow: Heiko Lietz 2600 Güstrow Trotsche Str. 11

Halle: Katrin Eigenfeld 4020 Halle Marthastr. 12

Jena: Peter Oberthür 6904 Dorndorf Burgelsche Str. 1o

Leipzig: Wolfgang Sarstedt 7o5o Leipzig Elsastr. 12

Doreen Penno 7o3o Leipzig Lößniger Str. 14

Naumburg: Michael Kleim 48oo Naumburg Wilhelm-Pieck-Platz11

Die folgenden Arbeitsschwerpunkte sind lückenhaft, da zur Zeit bestimmte Problemfelder wegen ihres Umfanges wahrscheinlich von uns noch nicht erschöpfend bearbeitet werden können.

Dies bedeutet jedoch keine Einschränkung unserer Forderung nach der vollkommenen Garantie und Durchsetzung aller Menschenrechte. Ebenfalls fordern wir hiermit von der Regierung der DDR die Unterzeichnung und Ratifizierung des Fakultativprotokolles zu der Konvention über zivile und politische Rechte, in dem das Appellationsrecht eines einzelnen Bürgers bei internationalen Instanzen im Falle von Menschenrechtsverletzungen festgeschrieben ist.

Wir weisen darauf hin, daß wir keine Appellationsinstanz ersetzen können und wollen.

Wir hoffen, daß sich die Arbeitsschwerpunkte bald erweitern lassen, um die Menschenrechtssituation in der DDR möglichst umfassend zu dokumentieren. ...

Mitglieder der Initiative Frieden und Menschenrechte
Umwelt-Bibliothek der Zionskirchgemeinde (Berlin)
Mitglieder des Arbeitskreises Solidarische Kirche / Regionalgruppe Leipzig
Arbeitsgruppe Menschenrechte (Leipzig)
Arbeitskreis Gerechtigkeit (Leipzig)
Mitglieder des Arbeitskreises Solidarische Kirche / Regionalgruppe Thüringen
Mitglieder des Friedenskreises Naumburg

DDR, den 10. Dezember 1988

(um die Arbeitsschwerpunkte gekürzt)

19. / 20.12. Die "Arbeitsgruppe zur Situation der Menschenrechte" gibt die ersten Mitteilungen über Menschenrechtsverletzungen heraus.

24.12. BürgerInnen Leipzigs schicken ein Protestschreiben gegen die wiederholten Einschränkungen verfassungsmäßig garantierter Rechte ab.

<u>Verteiler:</u> "Neues Deutschland" - Redaktion
Ministerium des Innern
Staatsrat der DDR

Wir, die Unterzeichner dieses Schreibens, protestieren hiermit gegen die in den letzten Wochen verstärkt auftretenden Beeinträchtigungen von verfassungsmäßig garantierten Rechten.
Nicht nur uns, sondern großen Teilen der Bevölkerung ist es unverständlich, wie man öffentlich von gesellschaftlichen Fortschritt und existierender Rechtssicherheit reden kann - wenn gleichzeitig entscheidende Artikel der Verfassung praktisch außer Kraft gesetzt sind.
Dieses bezieht sich auf die Artikel in denen das Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit, das Recht auf uneingeschränkte Religionsausübung und der Schutz der Persönlichkeit und Freiheit festgelegt sind.
Gerade angesichts des Tages der Menschenrechte am 10. Dezember lassen die im Folgenden aufgelisteten staatlichen Übergriffe und Verbote starke Zweifel an der innenpolitischen Dialogfähigkeit der Regierung der DDR aufkommen!

<u>Wir protestieren:</u>
- gegen die Inhaftierungen und Hausdurchsuchungen von Mitgliedern des Arbeitskreises "Vorbereitungen von Gottesdiensten" in Berlin
- gegen die Ordnungsstrafverfahren und Zuführungen in Leipzig als Folge der Friedensgebete vom 17./24.10.1988
- gegen die Schulstrafen und Relegierungen von Schülern

der "Carl von Ossietzky" EOS in Berlin
- gegen das Aufführungsverbot von fünf sowjetischen Filmen
- gegen das Verbot der sojetischen Monatszeitschrift "Der Sputnik"
- gegen die Zensur von Zeitschriften und kirchlichen Wochenblättern

Diese bis in die Privatsphäre der Persönlichkeit reichenden Repressalien verletzen nicht nur die Würde des Menschen, sie untergraben jegliche Möglichkeit auf gesellschaftliche Mitgestaltung.
Wir fordern endlich Rechtssicherheit für Andersdenkende, die Aufhebung der unsinnigen Publikations- und Filmverbote sowie einen öffentlichen Problemdialog aller gesellschaftlichen Kräfte!

Unterschriften mit Adressen:
Fred Kowasch Gesine Oltmanns Jens Fischer Uwe Schwabe
Anita Unger Detlef Rückert Gert Oehmichen Uwe Der
Frank Sellentin Udo Hartmann Carola Bornschlegel
Frank Diener Bernd Reißmann Andreas Ludwig Uwe Gehrke
Jochen Lärting E. Mehlan Bernhard Buben Helmut Neumann
Thomas Kämpfer

6. 1. Doreen Penno (Arbeitskreis Gerechtigkeit) wird "Zwecks Klärung eines Sachverhaltes" vorgeladen und zu alternativen Aktionen in Leipzig befragt. Am 10. 1. ist sie zu einer Zeugenvernehmung zum gleichen Thema vorgeladen.

12.1. In der Nacht vom 11. zum 12. Januar werden Aufrufe an die EinwohnerInnen Leipzigs in viele Hausbriefkästen verteilt.

Aufruf an alle Bürger der Stadt Leipzig

70. Jahrestag der Ermordung zweier Arbeiterführer - Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Und wieder werden tausend Werktätige verpflichtet, einer Kundgebung "beizuwohnen", bei der die Redner die jährlich wiederkehrenden Ansprachen halten.
Beide Arbeiterführer traten für die allumfassenden politischen und ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse ein, so auch für ein ungehindertes Vereinigungs- und Versammlungsleben, für eine freie, ungehemmte Presse, für allgemeine Wahlen und den freien Meinungskampf. Menschen, die dieses Vermächtnis unter Berufung auf die Verfassung unseres Landes nach 40 Jahren DDR-Geschichte in Anspruch nehmen, werden immer wieder kriminalisiert.
Der Tag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht soll uns Anlaß sein, weiter für eine Demokratisierung unseres sozialistischen Staates einzutreten. Es ist an der Zeit, mutig und offen unsere Meinung zu sagen: Schluß mit der uns lähmenden Teilnahmslosigkeit und Gleichgültigkeit: Lassen Sie uns gemeinsam eintreten
- für das Recht auf freie Meinungsäußerung,
- für die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit,
- für die Pressefreiheit und gegen das Verbot der Zeitschrift "Sputnik" und kritische sow sowjetische Filme.

Um nicht die offizielle Kundgebung in ihrem eigenen Anliegen zu stören, rufen wir Sie auf, gemäß Artikel 27 und 28 der Verfassung, sich
am 15. Januar 1989 um 16 Uhr auf dem Markt vor dem Alten Rathaus zu versammeln, abschließend ist ein Schweigemarsch

mit Kerzen zu der Gedenkstätte in der Braustraße vorgesehen.

"Sozialistische Demokratie beginnt aber nicht erst im gelobten Land, wenn der Unterbau der sozialistischen Wirtschaft geschaffen ist!"
Rosa Luxemburg aus Ges. Werke Band 4 Ausg. 1914-1919, S. 358-364

Initiative zur demokratischen Erneuerung unserer Gesellschaft

12.1. Udo Hartmann, Carola Bornschlegel, Uwe Schwabe und Jochen Läßig werden verhaftet.

13.1. Constanze Wolf, Gesine Oltmanns, Rainer Müller, Frank Sellentin und Michael Arnold werden verhaftet. Gegen 16.30 Uhr werden die ersten Inhaftierungen bekannt.

14.1. Andree Botz und Michaela Ziegs werden verhaftet. In der Lukaskirchgemeinde bildet sich eine Kontaktgruppe aus MitarbeiterInnen des Arbeitskreises Gerechtigkeit und der Arbeitsgruppe Menschenrechte, die über die Verhaftungen informiert und sich für die Freilassung der Inhaftierten einsetzt. Erste Solidaritätsadressen treffen ein. In Bautzen wid die erste Fürbittandacht gehalten und in Berlin wird über die Vorgänge in Leipzig auf einer Veranstaltung der Kirche von unten informiert. Rechtsanwalt Schnur sichert seinen Rechtsbeistand zu.

15.1. Gegen 16.00 Uhr hält Fred Kowasch auf dem Alten Markt folgende Rede:

> Wir haben uns hier versammelt, um an den 70. Jahrestag der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts zu erinnern. Sie wurden verfolgt, weil sie sich nachdrücklich für gesellschaftlichen Fortschritt einsetzten.
> Wir wollen ihrer mit einem Schweigemarsch gedenken.
> Aber bevor wir schweigen, werden wir reden, und zwar von den erneuten massiven staatlichen Eingriffen in die Freiheit der Persönlichkeit.
> Im Vorfeld dieser Veranstaltung kam es zu 11 Verhaftungen von Mitgliedern der Arbeitsgruppe Gerechtigkeit und der Gruppe Leben.
> Wir protestieren scharf dagegen und fordern die Einstellung der Ermittlungsverfahren. Desweiteren wenden wir uns gegen die erfolgten Hausdurchsuchungen und die zahlreichen Zuführungen. Dieses Vorgehen verdeutlicht, daß zur Zeit paktisch grundlegende Artikel der Verfassung außer Kraft gesetzt sind. Es betrifft im besonderen Andersdenkende, die sich für Reformen in der erstarrten Gesellschaftsstruktur der DDR einsetzen.
> "Ein Sozialismus ist ohne die uneingeschränkte Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit nicht möglich."
> Dieses ist und blieb eine der zentralen Forderungen Rosa Luxemburgs.
> Ihr, Karl Liebknecht und allen anderen wollen wir heute gedenken.

Anschließend setzt sich der Demonstrationszug von 800 BürgerInnen Leipzigs in Bewegung. Am Neuen Rathaus werden vom Ende des Demonstrationszuges aus 2 Polizei-LKW mit Demonstranten beladen. Dann geht es weiter in Richtung Dimitroffmuseum, wo 2 Polizei-LKW mit den Demonstranten der ersten 2 Reihen beladen werden. Hinter dem Dimitroffmuseum hindern Polizeiketten den Demonstrationszug am Weitergehen und lösen ihn auf. Dabei werden nochmals 4 Polizei-LKW mit Demonstranten beladen. Insgesamt wurden etwa 160 Personen vorläufig festgenommen. Die bereitstehenden

Hundeführer und Wasserwerfer kamen nicht zum Einsatz.
21.00 Uhr Andres Botz wird aus der Untersuchungshaft entlassen.
22.00 Uhr Carola Bornschlegel, Udo Hartmann und Michaela Ziegs werden aus der Untersuchungshaft entlassen. Die eingeleiteten Ermittlungsverfahren nach § 214 Abs. 1+3 laufen weiter.

16.1. 13.00 Uhr Fred Kowasch wird inhaftiert. 18.1.

17.1. Constanze Wolf wird aus der Untersuchungshaft entlassen. Die Kontaktpersonen der "Arbeitsgruppe zur Situation der Menschenrechte", Heiko Lietz, Katrin Eigenfeld, Peter Oberthür, Wolfgang Sarstedt, Doreen Penno, Michael Kleim, werden vorgeladen und "Zwecks Klärung eines Sachverhaltes" befragt.

19.1. G. Oltmanns, M. Arnold, F. Sellentin, U. Schwabe, R. Müller und J. Läßig werden aus der Untersuchungshaft entlassen.

20.1. Fred Kowasch wird aus der Untersuchungshaft entlassen.
Die von den Verhaftungen betroffenen Gruppen geben eine gemeinsame Erklärung ab (Text s. Teil II.1./Dok. 8).

21.1. Der 3. Leipziger Tag zum konziliaren Prozeß über die 3 nachgereichten Papiere der OV findet in der Michaeliskirche statt.

23.1. Wolfgang Sarstedt wird von seiner Arbeitsstelle abgeholt und erneut über die Arbeitsgruppe zur Situation der Menschenrechte" befragt. Bei der Befragung versucht das MfS eine "Steuerung" aus Westberlin zu konstruieren.
Die Betroffenen verlesen in der Nikolaikirche eine Stellungnahme (Text s. Teil II.1./ Dok. 10).

26.1. Alle Ermittlungsverfahren werden nach § 25 des StGB eingestellt.

27.1. Die Initiativgruppe Leben, darunter viele der gerade aus der Untersuchungshaft Entlassenen, gestaltet den 2. Leipziger Rumänientag.